

ANNALENA MÜLLER, SARA BELGERI TEXT
UND PHILIPPE ROSSIER FOTO

Helin* (20) wusste schon ein halbes Jahr, bevor sie es endlich wagte, dass sie ihr Zuhause verlassen muss: «Ich wollte meine Mutter und meine Geschwister nicht im Stich lassen.» Dann wurde die Situation unerträglich: Ihr gewalttätiger Vater sperrte sie ein, verbot ihr den Umgang mit Freundinnen und zwang sie, ihre Ausbildung abubrechen.

Die Geschichte Helins ist kein Einzelfall. Laut Kinderschutz Schweiz erlebt jedes achte Kind regelmässig elterliche Gewalt – eine Zahl, die seit Jahren zunimmt: 2025 betrafen rund 19 Prozent der polizeilich erfassten häuslichen Gewaltstraftaten das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern. **Die Dunkelziffer ist hoch, denn die Statistik erfasst nur Fälle, die zur Anzeige gebracht wurden.** Eine Studie von 2018 zeigte, dass in der Schweiz jährlich 30 000 bis 50 000 Kinder mit Kinderschutzbehörden in Kontakt kommen. Dabei sind Mädchen deutlich häufiger von psychischer und sexualisierter Gewalt betroffen als Buben, unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund.

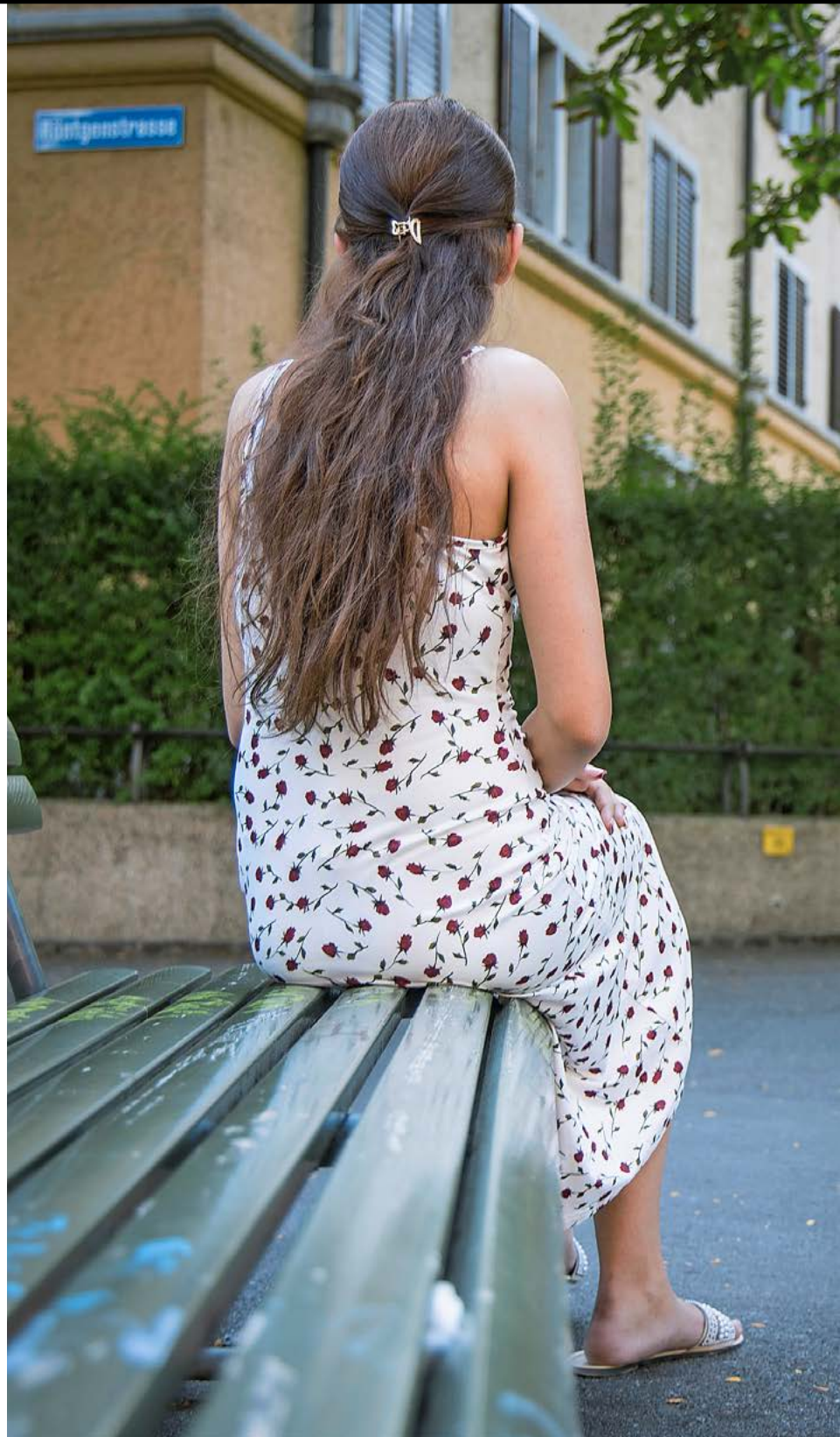
Helin hatte Glück. Sie fand Zuflucht im Mädchenhaus Zürich. Die geheime Schutzunterkunft bietet sieben Plätze für von Gewalt betroffene Mädchen und junge Frauen zwischen 14 und 20 Jahren, maximal drei Monate lang. In den drei Jahrzehnten seit seiner Gründung blieb der Bedarf nach Schutz unverändert hoch. «Auf einen freien Platz kommen seit Schulbeginn diesen August etwa 25 Anfragen. Letztes Jahr mussten wir 108 Mädchen abweisen», sagt Geschäftsführerin Maria Mondaca (48).

Auch die Finanzierung ist nach wie vor eine Herausforderung. Mädchenhäuser sind teurer als Frauenhäuser: Der Personalschlüssel für Kinder und Jugendliche ist höher, das Betreuungsangebot intensiver. **Die Betreuerinnen unterstützen bei Schulaufgaben und Bewerbungen, gehen mit den Mädchen einkaufen und kochen mit ihnen.** Parallel sucht das Team mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) und weiteren Fachstel-

Helin flüchtete vor ihrem gewalttätigen Vater ins Mädchenhaus.



Maria Mondaca, Geschäftsführerin des Mädchenhauses Zürich.



Parlamentarierinnen wollen **mehr Frauenschutz**

Rund 30 Prozent mehr häusliche Gewalt, meldet die Opferhilfe Basel diese Woche. Es ist nur die jüngste Schlagzeile in einem Sommer, in dem die Schweiz wie selten mit Gewalt gegen Frauen konfrontiert war. Tatsächlich fehlen landesweit einheitliche Regeln für

Opferschutz, Prävention und Täterkontrolle. Jeder Kanton kocht sein eigenes Süppchen, manche kochen bis heute gar nicht. Vom föderalen Flickenteppich haben linke und bürgerliche Politikerinnen nun genug. **In der Herbstsession stehen insgesamt elf Motionen zum Ausbau des Schutzes vor häuslicher und sexualisierter Gewalt auf dem Parlamentsprogramm.**

Die Mitte-Ständerätinnen Andrea Gmür (62), Heidi Z'graggen (60) und Marianne Maret (68) fordern unter an-

derem ein besseres Tätermonitoring und ein neues Rahmengesetz. Letzteres soll Prävention, Opferschutz und Ahndung einheitlich regeln sowie rechtliche, organisatorische und finanzielle Lücken schliessen. Die Walliser Ständerätin Maret bezeichnet häusliche Gewalt als «Geissel», die auf kantonaler Ebene offensichtlich nicht eingedämmt werden konnte.

Die SP geht mit ihren Vorstössen einen Schritt weiter: Die Berner Nationalrätin Tamara Funicello (36) will den Frauen-

Gewalt geschützt

Zu wenig Geld, zu wenig Platz

Um ihrem Vater zu entkommen, musste Helin ihr Zuhause verlassen. Im **Zürcher Mädchenhaus** fand sie einen von viel zu wenigen Plätzen. Viele andere müssen abgewiesen werden.

len nach Anschlusslösungen. Doch die Überlastung endet nicht beim Mädchenhaus. Auch andere Schutzunterkünfte, etwa betreute Wohnheime, sind häufig voll belegt. «Das ganze System ist überlastet», sagt Mondaca.

Wie gross der tatsächliche Bedarf ist, lässt sich schwer abschätzen: **«Was wir bei der häuslichen Gewalt gegen Minderjährige erfassen, ist nur die Spitze des Eisbergs»**, sagt Mondaca. Sie geht davon aus, dass die Schweiz mindestens 42 Schutzplätze für Mädchen und junge Frauen bräuchte, die Datenlage sei jedoch ungenügend.

Dass es mehr Häuser wie das in Zürich braucht, ist bekannt. Lange scheiterte der Ausbau am politischen Unwillen. Einen Erfolg meldet nun der Kanton Bern. In Biel öffnete im Juni eine zweite Schutz Einrichtung. Vorausgegangen war ein 15-jähriges Ringen mit der Kantonsregierung. Zu viele Verantwortungsträger sehen in Gewalt gegen Mädchen nach wie vor ein familieninternes Phänomen, sagt Manuela Schild (53), Geschäftsleiterin von Solidarité femmes Biel & Region, oder sie glaubten erst gar nicht, dass es damit ein Problem gibt.

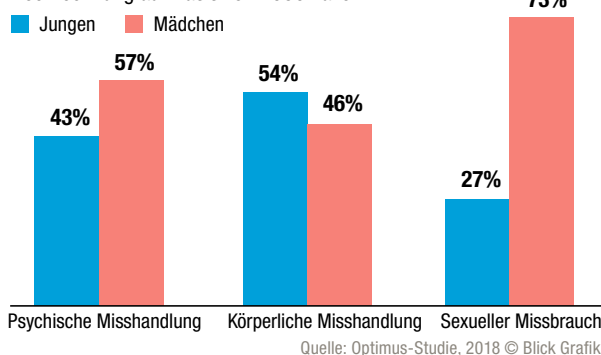
Erwachsene Frauen müssten darum kämpfen, dass man ihnen glaubt. Bei Mädchen sei das Misstrauen noch grösser. «Es gibt schnell den Verdacht, dass sie aus pubertärem Trotz handeln würden», sagt Lucie Salchli (29), Koordinatorin des Mädchenhauses Biel. Fälle wie jener aus Zürich, wo kürzlich bekannt wurde, dass ein Mädchen ihre Eltern mit erfundenen Vorwürfen belastete, seien sehr selten. So zeigte etwa eine europaweite Studie zur Strafverfolgung von Vergewaltigungen, dass Falschaussagen im Bereich sexuelle Gewalt im einstelligen Prozentbereich liegen. **«Die meisten Mädchen befinden sich in einem unglaublichen Loyalitätskonflikt, die Eltern sind ihre wichtigsten Bezugspersonen»**,

sagt auch Leiterin Schild, die sich seit vier Jahren mit dem Thema geschlechtsspezifischer Gewalt befasst.

In Biel geht das Ringen mit der Politik auch nach Eröffnung des Mädchenhauses weiter. Die zuständige Kantonsdirektion stehe weiter auf der Bremse. Statt auf drei Monate wie in Zürich beschränkt Bern die Aufenthaltszeit auf 21 Tage. Das sei zu kurz, um eine Anschlusslösung zu finden, da bei Minderjährigen vielfältige Abstimmungen mit Behörden nötig seien. Wie in Zürich stehen auch in Biel sieben Plätze zur Verfügung. Fünf davon sind kurz nach der Eröffnung belegt, «und das, obwohl das Mädchenhaus bisher noch kaum bekannt ist», sagt Schild. Sie hofft, dass der Kanton die Aufenthaltsdauer auf drei Monate erweitert: «Sodass wir genügend Zeit haben, eine gute Anschlusslösung zu finden.»

Kindeswohlgefährdung nach Geschlecht

Hochrechnung auf Basis von 4656 Fällen



Für Helin war der Aufenthalt im Mädchenhaus eine Rettung. Erstmals erlebte sie Selbstbestimmung: **«Ich konnte endlich frei rausgehen, meine Freundin draussen treffen und bei ihr übernachten.»** Sie hat gelernt, für sich einzustehen, sie hat einen Job gefunden und lebt seit kurzem wieder bei ihrer Familie. Der Vater ist ausgezogen, den Kontakt zu ihm hat sie abgebrochen. Wenn sie auf den Tag zurückblickt, an dem sie ihr Zuhause verliess, bleibt vor allem eine Erkenntnis: «Obwohl ich Angst hatte, habe ich es durchgezogen.» Anderen Mädchen wünscht sie, dass sie das Gleiche schaffen. «Lasst die Angst nicht gewinnen. Das Leben kann so viel besser sein.» ●

* Name geändert

schutz mit drei Motionen direkt in der Verfassung verankern. **Sie fordert ein Recht auf staatlichen Schutz vor «patriarchaler Gewalt», sexuelle Selbstbestimmung («Ja heisst Ja») samt gesichertem Zugang zu Verhütung und Abtreibung sowie die finanzielle Absicherung unbezahlter Sorgearbeit durch Bund und Kantone.**

Der rechtsbürgerliche Widerstand gegen die Vorstösse wird gross sein. Trotzdem erwartet Ständerätin Maret, dass die Motionen der Mitte knapp angenom-



Auch im Jahr 2026 gab es in der Schweiz bereits zahlreiche Femizide.

men werden. Sie setzt darauf, dass die Skandale des Sommers, wie etwa um Patrick F., den Widerstand aus SVP-Kreisen etwas dämpfen werden. **«Ich hoffe auf mehr Enthaltungen als bei früheren Debatten»**, sagt sie. SP-Funciello lobt die Vorstösse der Mitte, pocht aber auf die Verankerung in der Verfassung. «Unsere Verfassung wurde von Männern für Männer geschrieben, zu einer Zeit, in der Frauen keine gesellschaftliche Teilhabe hatten – entsprechend wichtig und nötig ist das Update.» ●

ANNALENA MÜLLER